



Der Minister

Ministerium des Innern NRW, 40190 Düsseldorf

Präsidenten des Landtags
Nordrhein-Westfalen
Herrn André Kuper MdL
Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

für die Mitglieder
des Innenausschusses

LANDTAG
NORDRHEIN-WESTFALEN
17. WAHLPERIODE

VORLAGE
17/6697

A09

29. März 2022

Seite 1 von 3

Telefon 0211 871-2638

Telefax 0211 871-3355

Sitzung des Innenausschusses am 31.03.2022
Antrag der Fraktion der SPD vom 21.03.2022
„Schutz ukrainischer Flüchtlinge vor Missbrauch und Menschenhandel“

Sehr geehrter Herr Landtagspräsident,

zur Information der Mitglieder des Innenausschusses des Landtags übersende ich den schriftlichen Bericht zum TOP „Schutz ukrainischer Flüchtlinge vor Missbrauch und Menschenhandel“.

Mit freundlichen Grüßen

Herbert Reul

Dienstgebäude:
Friedrichstr. 62-80
40217 Düsseldorf

Lieferanschrift:
Fürstenwall 129
40217 Düsseldorf

Telefon 0211 871-01
Telefax 0211 871-3355
poststelle@im.nrw.de
www.im.nrw

Öffentliche Verkehrsmittel:
Rheinbahnlinien 732, 736, 835,
836, U71, U72, U73, U83
Haltestelle: Kirchplatz



Schriftlicher Bericht
des Ministers des Innern
für die Sitzung des Innenausschusses am 31.03.2022
zu dem Tagesordnungspunkt
„Schutz ukrainischer Flüchtlinge vor Missbrauch und Menschen-
handel“

Antrag der Fraktion der SPD vom 21.03.2022

Der Landesregierung Nordrhein-Westfalen sind - soweit in der zur Erstellung dieses schriftlichen Berichtes zur Verfügung stehenden Zeit - insgesamt fünf Ermittlungsverfahren aus dem Deliktsbereich der Sexualstraftaten bekannt geworden.

In allen fünf Fällen handelt es sich nach dem gegenwärtigen Stand der Ermittlungen um Einzeltäter, bei denen keine Bezüge zur Organisierten Kriminalität erkennbar sind.

In den Deliktsbereichen des Menschenhandels und der Ausbeutung sind bislang keine Sachverhalte bekannt geworden.

Der Landesregierung sind die Gefahren bewusst, die geflüchteten Frauen und Mädchen im Hinblick auf (sexualisierte) Gewalt und Menschenhandel drohen. Deshalb ergreift die Landesregierung auf allen Ebenen vielfältige Maßnahmen, um diesen zu begegnen. Dazu gehört insbesondere die intensive Sensibilisierung und Information von Beschäftigten des Landes Nordrhein-Westfalen und auch der Öffentlichkeit.

Als konkrete Maßnahme ist beispielsweise die Veröffentlichung von Informationen im Intranet der Polizei Nordrhein-Westfalen zu nennen. Zudem wird derzeit die Veröffentlichung einer Landesthemenseite „Kriminalität im Zusammenhang mit der aktuellen Lage in der Ukraine“ auf der Internetseite der Polizei Nordrhein-Westfalen vorbereitet, auf welcher Informationen zu den Bereichen Menschenhandel, sexuelle Ausbeutung, Gefahren im Umgang mit dem Internet, Gefahren im Umgang mit unseriösen Arbeitsangeboten sowie Opferschutzhinweise bereitgestellt werden sollen.

Zudem ist die Übersetzung und Ausgabe von Flyern und Merkblättern in ukrainischer und russischer Sprache und die Intensivierung der Kontakte



von Beratungsstellen zu Unterkünften, in denen Geflüchtete untergebracht sind, zu nennen. Bei den Unterkünften ist zudem sichergestellt, dass die Flüchtlinge aus der Ukraine, zu denen sehr viele Frauen und Kinder gehören, möglichst ausschließlich in eigenen, speziell für diesen Zweck gewidmeten Einrichtungen untergebracht und somit von der Gruppe der Asylsuchenden in den Landeseinrichtungen, zu der viele allein reisende Männer gehören, getrennt werden.

Für potentielle Opfer wird eine Vielzahl von Hilfsangeboten bereitgestellt. Nordrhein-Westfalen fördert bereits seit Langem acht spezialisierte Beratungsstellen für weibliche Opfer von Menschenhandel zur sexuellen Ausbeutung und Zwangsprostitution. Diese verfügen über langjährige Erfahrungen mit der Gefährdung von Frauen in Krisensituationen. Sie beraten und begleiten Opfer und bringen sie bei Bedarf auch gesichert unter. Seit Ausbruch des Krieges gegen die Ukraine sind die Beratungsstellen für die Bedarfe der geflüchteten Frauen sensibilisiert. Einige Einrichtungen haben direkten Kontakt zu Unterkünften für Geflüchtete. Das gemeinsame Aufklärungsmaterial wurde ins Ukrainische übersetzt.

Neben diesen spezialisierten Fachberatungsstellen existieren in Nordrhein-Westfalen ca. 30 Trauma-Ambulanzen, regionale Beratungsstellen, Hilfetelefone, diverse Opferschutzeinrichtungen und Schutzwohnungen für Frauen und Männer. Die Vermittlung der Betroffenen an die Beratungsstellen wird durch die in allen Kreispolizeibehörden in Nordrhein-Westfalen eingesetzten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Kriminalkommissariate Kriminalprävention und Opferschutz initiiert.

Zudem steht die Beauftragte für den Opferschutz als zentrale Ansprechstelle mit Lotsenfunktion für Opfer von Straftaten aus der Ukraine zur Verfügung. Der Kontakt zu einer Dolmetscherin, die bei möglichen Gesprächen Hilfe leisten kann, ist sichergestellt.

Der Zugang zur ärztlichen und psychotherapeutischen Versorgung für aus der Ukraine Geflüchtete erfolgt in der Regel nach dem Asylbewerberleistungsgesetz, so dass alle aus der Ukraine Geflüchteten einen Zugang zur Regelversorgung der niedergelassenen Ärzte und Psychotherapeuten haben. Weitere umfassende Beratungsangebote stehen auch allen Geflüchteten in den Zentralen Unterbringungseinrichtungen zur Verfügung. Bei schweren Erkrankungen sind auch die psychiatrischen Kliniken für eine Akutaufnahme Ansprechpartner. Einige psychiatrische Kliniken in Nordrhein-Westfalen haben darüber hinaus ein spezialisiertes ambulantes Angebot in Form von Ambulanzen für Menschen mit Migrationshintergrund und/oder Fluchterfahrung.